Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

**Band:** 12 (1917)

Heft: 9

Artikel: Unsere Nationalräte

Autor: [s.n.]

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-351371

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 01.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

lismus. Der Gemeinwirtschaft, die alle zur Arbeit heranzieht, um sie in den Dienst der organisierten Gesellschaft zu stellen.

An dieser großen Aufgabe sollst du, o Arbeitsbruder und Arbeitsschwester, mitwirken. Du fragst: Wie ist das möglich? Schon durch deinen bloßen Eintritt in die Geswerkschaft, den Berufsverein, in die Mitgliedschaft, die politische Organisation, und in den Konsumber ein. So hilfst du an Zahl das Heer der vorwärts- und auswärtsstrebenden Arbeiter verstärken.

Du solltest aber nicht nur ein stiller Kämpfer sein. Mit deiner Einsicht, mit all deiner Kraft mußt du an den Versammlungen, zu allem, was die Arbeiterschaft unternimmt, dein Teil beitragen zur Verbesserung ihrer und damit deiner Arbeits- und Lebensbedingungen. Krieg und Hunger und grausige Not müßten nicht mehr sein, wenn du, Arbeitsbruder und Arbeitsschwester, nicht mit verbundenen Augen und tauben Ohren umher wandeltest. Wache auf! Noch ist es Zeit dazu. Laß beine Augen sehend und deine Ohren hörend werden! Wirf deine Verzagtheit von dir! Erhebe dich über deine persönliche Kleinheit und Schwäche, wachse mit den Millionen deinesgleichen zur organisatorischen, zur gesellschaftlichen Uebermacht wider die Gewalt weniger Großer, weniger Reicher und Kriegshetzer, welche die ganze Menschheit beherrschen. Die in unbezähmbarer Gier sie ausbeuten, um sie ewig in der Anechtschaft zu erhalten. Schließe dich freudig und stolz dem Bunde der heute noch Schwachen, der Armen, der Ausgebeuteten und Ausgehungerten an, auf daß sie morgen die Starken, die Wollenden, die Freiheitsund Friedensbringer, die Menschheitser= löser sein werden. Auf baß niemand im Lande mehr Hungers sterbe.

Marie Süni.

# Unsere Nationalräte.

Natürlich verstehen wir unter "unsern" Nationalräten die jozialdemokratische Fraktion und nicht das Sammelfurium aller schweizerischen Nationalräte. Durch Schule und andere Machtmittel wird zwar den gläubigen Eidgenossen immer wieder verkündet, in unserer Demokratie habe jeder National- und Bundesrat das Wohl des ganzen Volkes fördern zu helfen, und man sucht die Ilusion, als ließe die Demokratie keine Wahrnehmung von Sonderintereffen zu, zu hätscheln und immer wieder großzuziehen. In die Röpfe der heranwachsenden Jugend kann man noch allerlei Geschichtslügen pfropfen und die Herzen lassen sich mit Aussionen füttern. Aber dann, wenn der junge Arbeiter, die junge Arbeiterin in Werkstätten, Fabriken, Bureaus in dieser Geistesverfassung gar keinen Schutz vor der Ausbeutung verspürt, nicht einmal das Bereinsrecht in Anwendung gebracht werden kann, wenn bei Streiks Militär aufgeboten wird, wenn man Bäter und Brüder zwingt, gegen die eigenen Angehörigen die Waffen zu gebrauchen, und Mütter und Kinder nicht vor den argsten Entbehrungen geschützt sind, während der Vater das Baterland an der Grenze bewacht, dann haben alle diefe Angehörigen der besitzlosen Klasse Mühe, die Demokratie und ihr Parlament in ihrem wahren Wesen zu erfassen. Man hat ihnen wohl einst gesagt, daß vor dem Gesetze alle Bürger gleich seien und alle Schweizerbürger dieselben Rechte haben. Aber was hilft die politische Gleichheit ohne die wirtschaftlicheund soziale Gleichheit, wo zu= dem noch die andere große Masse des Proletariats, die weibliche, die im steten Wachsen begriffen ist, auch keine politischen Waffen hat.

Erst die Tatsachen machten die Arbeiterschaft sehend und erst durch Schaden wurde sie klug. Aber noch lange nicht alle Arbeiter, bewahre; erst die sich ihrer Klassenzugehörigfeit Bewußten gaben sich eine Organisation. Obschon die Mehrheit des Volkes, befindet sich als organiserte Klasse die Arbeiterschaft noch in Minderheit. Will sie daher Vertreter in die Parlamenteschicken, so mußte sie anfänglich darauf sehen, Lieblinge des Volkes auszuwählen. Es ist flar, daß diese sich nicht in erster Linie der Partei, sondern ihrer bürgerlichen Wählerschaft gegenüber verantwortlich sühlten. Eine besondere Fraktion sozialdemokratischer Nationalräte gibt es erst seit 1911, nachdem am Winterthurer Parteitag dies extra verlangt worden war. Dort sprach man noch davon, "wo es irgendwie möglich ist", sollen ausgesprochen sozialdemokratische Kandidaten ausgestellt werden, und Kompromisse mit andern Parteien waren dem freien Ermessen der Genossen anheimgestellt.

In den Beschlüssen des Aarauer Parteitages 1913 zur "Tattif der Partei" wird aber verlangt, daß die Partei bei allen Wahlen selbständig Stellung zu nehmen hat und die Bertretung aus eigener Kraft erobert werden muß, damit sie selbständig und nur der Partei gegenüber verantwortlich seien.

Troz des enormen Kampfes, troz der Propaganda und Aufflärung hatte die Sozialdemokratie 1911 nur fünfzehn Wann in die Bundesversammlung zu schiesen vermocht. Einmal, weil so viele Schweizerarbeiter ihre eigenen Klasseninteressen nicht wahrnahmen, weil sie zu gleichgültig und denkfaul sind. Dann darf aber nicht vergessen werden, daß unserer auf die internationale Solidarität gegründeten Partei viele Ausländer angehören, die gleich den weiblichen Mitgliedern kein Stimm- und Wahlrecht haben, daß ferner infolge des mittelalterlichen Ehrenfolgegesess auch viele das Aktivbürgerrecht verloren. Die Rationalratswahlen sinden zudem noch unter dem Majorzsystem statt, so daß auch dadurch eine der Stärke der Partei entsprechende Vertretung ausgeschlossen ist.

Die sozialbemofratische Partei war 1911 mit aller Energie in den Wahlkampf eingetreten. Sie ersette — bei schweizerischen wie bei kantonalen Wahlen — durch Kührigkeit und Ausopferung sondergleichen das, was ihr an Geld sehlt, das allein als Machtmittel bei den Wahlen der Bürgerlichen "zieht". 1914 war ein Wahlkampf, wie er sich sonst vollzog, mit Versammlungen ausgeschlossen, da die Wähler an der Grenze und die persönliche Propaganda im Seere erschwert ist.

Nun stehen wir abermals vor der Aufgabe, und immer noch tobt und wütet der Arieg um uns, immer noch ist ein Teil der Wähler an der Grenze. Ohne Bedenken bürdet man den Frauen alle andern Pflichten und Aufgaben: Ernährung, Versorgung und Erziehung der Kinder durch Erwerbsarbeit, Ersat männlicher Berufsarbeiter auf allen Arbeitspläzen, auf. Das nimmt die heutige Gesellschaft als ganz selbstwerständlich an; aber Stellvertretung bei Wahlen und Abstimmungen! Bewahre! Es könnte gewiß kaum schlechter als bisher herauskommen, aber am Ende gar besser und das wäre unverzeihlich.

Bevor wir aber von den Neuwahlen in den Nationalrat sprechen, wollen wir uns fragen, was denn die "Bisherigen" getan haben, ob auch wir als Parteimitglieder ihre Tätigkeit und ihre Haltung anerkennen und in Uebereinstimmung mit den Parteiprinzipien finden.

Es ist nicht möglich, in die detaillerte Behandlung hier einzutreten. Die Genossinnen lesen vermutlich die jeweiligen Sessionsberichte in der Parteipresse und wer sich gerne zusammensassend orientieren möchte, kann die Protokolle der Parteitage nachschlagen, wo der Fraktionsbericht in gedrängter Korm enthalten ist.

Fu allererst muß hier sestgestellt werden, daß, solange der Nationalrat unter der Brutalität des Majorzes gewählt wird, dieser nicht nur ein Klassenparlament schlechthin ist, sondern daß die Klassenpolitik noch über die gegebenen Berhältnisse hinausgeht und somit die Forderungen der bürgerlichen Klasse immer zum vornherein gesichert sind. Daraus

erklärt sich das Versagen auf dem Gebiete der Sozialpolitik; erklärt sich der Jammer so mancher erst halbwegs für den Alassenkamps Gewonnenen: "Es nützt ja doch nichts", "Sie Könd ja doch nüd mache", oder wenn der eine oder andere Varteigenosse oder sogar Genossinnen beim Lesen des Berichtes gelangweilt ausrusen: "Welches sind nun die positiven Leistungen? Die rutschen nur auf ihren Sesseln derum oder unterhalten sich in den Wandelgängen des soschön gelegenen Bundeshauses!" Daher rührt auch die Geringschätzung des Varlamentarismus in Gewerkschafts- und Frauenorganisationen. So wenige sind in der Lage, zwischen den Beilen zu lesen und die engen Zusammenhänge zwischen wirtschaftlickem und politischem Geschehen immer und überall herauszulesen, wenn es sich nicht gerade um rein proletarische Forderungen handelt.

Es ist selbstverständliche Tatsache, daß unsere Fraktion einig und geschlossen, anregend oder initiativ vorgeht, wo es sich um Besserstellung der arbeitenden Alassen handelt, zum Beispiel Unterstützung durch den Bund bei den Folgen der Arbeitslosigkeit, Kranken- und Unsalversicherung, Fabrikgeseh, daß Motionen, die sie einreicht, im Einklang mit dem Partei- und Arbeitsprogramm stehen. Auch die Saltung zur Bundessinanzresorm ist durch Parteitagsbeschluß gegeben, und nun, endlich nach langen Jahren der Auseinandersehungen, auch die Stellung zur Militärfrage.

Schon borber gab es fast keine Session, in der nicht über militärische Fragen gesprochen und von unserer Fraktion Opposition gemacht worden wäre; aber nicht mit grundsätzlicher Begründung, sondern aus rein taktischen Erwägungen stimmten sie den Militärausgaben nicht zu. Schon 1911 mußten selbst die gut bürgerlichen "Basler Nachrichten" zugeftehen: "Die von der äußersten Linken provozierte Debatte über das Militärbudget mußte auch den militärfreundlichen Zuhörer zu der Ueberlegung anregen, ob nicht die stetsfort stark anschwellenden Militäraus= gaben mit der Zeit in ein Migverhältnis zu den Einnahmen und zu den übrigen Ausgaben des Bundes geraten." Und in derselben Zeitung schrieb 1912 Prof. Dr. Steiger: "Wenn die stachligen Argumente der Sozialdemokraten die Rätezu ernsterer und gründlicherer Ueberlegung gerade auch der nicht rein militä= risch = technischen, aber um so wichtigeren da = mit berbundenen volkswirtschaftlichen Fragen nötigen, so ist das im Interesse des Landes auch dann zu begrüßen, wenn man im einzelnen den Sozialdemokraten nicht stets beipflichten kann. Weniger was sie sagen, als die stimulierende Wirkung ihrer Kritik auf die Räte ist richtig.

Es wird den Herren noch unangenehmer in den Ohren klingen, wenn unsere Fraktion den grundsätlichen Kampf gegen den Militarismus und die durch ihn veranlaßten Ausgaben aufnimmt. Leider ist hier die bisherige Fraktion nicht einig; aber die Partei wird verlangen müssen, daß Parteitagsbeschlüsse auch von den Genossen im Nationalrat innegehalten werden. Oh die Wahl in den Nationalrat einzig von der Stellung zur Militärfrage soll und kann abhängig gemacht werden, möchte ich bezweiseln.

Unsere Partei kann nicht dazu gelangen, auf den Parlamentarismus zu berzichten, das wäre ein Zugeständnis von Schwäche. Schon während und ebenso nach dem Kriege bleibt das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis nicht nur bestehen, nein es hat sich verschärft. Das bedingt verschärfter Kampf, damit die Folgen und Zustände nach dem Kriege so geordnet und geregelt werden, daß nicht die Arbeiterklasse von den Lasten erdrückt wird. Der Kampf muß also auch dort aufgenommen werden, wo die kommenden Aufgaben gelöst werden: im Bund. In den Kantonen hat die notleidende Bevölkerung bereits erkannt, welche Partei allein ihre Interessen dies Stimmberechtigten ihr Zutrauen beratswahlen haben die Stimmberechtigten ihr Zutrauen be-

reits unseren Vertretern zugewendet. Werden auch bei den kommenden Nationalratswahlen nicht Arbeiter, Arbeiterinnen sich der Pflichten gegenüber der proletarischen Klasse bewußt, dann haben sie kein Recht zu klagen, wenn die Gegner den wirtschaftlichen und politischen Druck vergrößern.

Sorgen aber Genossen und Genossinnen jetzt schon durch Aufklärung, persönliche Propaganda dafür, daß die Kraft der Fraktion erhöht wird durch neuen, tüchtigen Zuwachs. Sorgen wir vor allem dafür, daß die Stärke und Einheit unserer Partei den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend zunimmt, auf daß die Wasse den parlamentarischen Kampf verstärkt durch den wirtschaftlich-ökonomischen Kampf und durch Revolutionierung der Herzen und Hirne der Arbeitsschwestern und -brüder und der Jugend.

## Die Umwälzung im katholischen Arbeiterinnenverein.

Wer noch unlängst zu behaupten gewagt hätte, es gehe eine tiese Umwälzung im schwarzen Arbeiterlager vor, den hätte man für verrückt gehalten und — ständen wir noch im Mittelaster — als Kezer verbannt. Und doch ist dem so. Betrachten wir die beiden Zeitungen: "Der Arbeiter"

Betrachten wir die beiden Zeitungen: "Der Arbeiter" und "Die Arbeiterin", so fällt uns auf, wie im "Arbeiter", dem Organ der Christlichen mit allen Mitteln gegen die Sozialisten gewettert wird. Ja, daß Lüge und Verleumdung von jenen, die sich als die Nachfolger Christi ausgeben, ihre "beste Baffe" gegen uns ist. Nun hat aber "Die Arbeiterin", das Organ der christlichsozialen Arbeiterinnenvereine, eine starke Schwenkung nach links gemacht.

Friiher gab es dort keinen Kampf. "Vertrau auf Gott und laß ihn walten, er wird dich wunderbar erhalten" der Wahlspruch. Oder "Bet und arbeit, Gott hilft alle Heute gilt bei ihnen eine andere Devise. Wie für die sozialistischen Frauen und Mütter heißt für sie die Kampfeslosung: "Hilf dir selbst, so hilft dir Gott". In Nr. 19 der "Arbeiterin" lefen wir, daß in der Glühlampenfabrik Goldan Löhne bezahlt werden, von 17, 20, 22 und 25 Rappen. Ganz tüchtige langjährige Arbeiterinnen bringen es nicht über 30, höchstens auf 35 Rappen. Die Stundenlöhne für die männlichen Arbeitskräfte find ebenfalls sehr niedrig. Endlich scheinen auch den christlichen Frauen die Augen aufzugehen, daß sie geplagte Arbeiterinnen sind, denen die schönsten Predigten und Reden nicht über die Not hinweg zu helfen vermögen. Lassen wir die katholischen Arbeiterinnen nun selber berichten, was sie dieser Ausbeutung gegenüber zu tun gedenken:

"Man beschloß nun an einer Versammlung, eine Stundenlohnerhöhung von 5 Rp. zu fordern. Es wurde eine Eingabe an die Geschäftsleitung gemacht und es fand auch eine Unter-handlung mit ihr statt. Es wurde versprochen, in den nächsten drei Zahltagen die Stundenlöhne zu erhöhen. Es ist sonst überall üblich, daß bei Lohnbewegungen die Lohnerhöhungen an alle zu gleicher Zeit von einem naheliegenden Zeitpunkte an zur Auszahlung gelangen. Um die Sache friedlich zu erledigen, war man mit diesem Borfchlag einverftanden und hoffte, daß dieses Versprechen auch gehalten werbe. Nun mußte man aber die Wahrnehmung machen, daß dieses Versprechen auch nach fünf und mehr Zahltagen nicht erfüllt wurde, daß nur gang bereindelt die Stundenlöhne erhöht worden waren. Man wandte sich in weiteren Eingaben an die Geschäftsleitung und eine weitere Unterhandlung wurde in Aussicht gestellt, doch fand keine solche statt. Eine nochmalige Eingabe wurde gar nicht beantwortet. Erst als alle friedlichen Mittel nichts mehr fruchteten, entschloß man sich, schärfere in Anwendung zu bringen. Man berhängte die Sperre über die Firma. Nun ift auch an die Regierung des Kantons Schwyz eine Eingabe gemacht worden, sie möchte ver-

schied, eine Einigung in die Wege zu leiten. Der Ersolg ist noch abzuwarten. Es ist bemühend, sehen müssen, vie Unternehmungen, die glänzende Geschäfte machen und stetksfort den Betried durch Umbauten vergrößern, nicht einmal so viel Entgegenkommen an die Arbeiterschaft zeigen, ihnen einen zum Lebenkunterhalt allernötigsten Stundenlohn